

Nicht zustimmungsfähig: Der Haushalt 2009

Nach sehr intensiver und teilweise Nerven kostender Diskussion ist er verabschiedet worden: der Haushalt der Stadt Bochum.

Die Debatte in den Ausschüssen und auch in den Fraktionen war auch deshalb so kompliziert, weil der Haushalt zum ersten Mal komplett auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) umgestellt wurde. Dies hatte zur Folge, dass Haushaltspositionen, zu denen wir – wie zum Beispiel dem Konzerthaus – eine feste politische Position hatten, in der neuen Haushaltssystematik nicht so ohne weiteres wieder gefunden werden konnten. Die viel beschworene Transparenz vom NKF blieb aus und statt Licht verbreitete sich Nebel.

Erschwerend für die Beratungen des Haushaltes kam hinzu, dass die Auswirkungen der US-Finanzkrise auf das Cross-Boar-



der-Leasing-Geschäft, das die Stadt mit einem US-Investor geschlossen hatte, wie ein Damoklesschwert über den Beratungen hingen. Noch vor Unterzeichnung des Cross-Border-Vertrags entstand 2002 eine Ablehnungsfront in Bochum, die sogar zu einem erfolgreichen Bürgerbegehren führte.

Diese Ablehnung durch eine sehr breite demokratische Öffentlichkeit hat sich nun leider

als richtig erwiesen. Umso skandalöser war seinerzeit das Ignorieren des Bürgerbegehrens durch die damalige Ratsmehrheit. Letztlich ist immer noch nicht klar, welche finanziellen Auswirkungen dieser Deal haben wird.

Doch zurück zum Haushalt. Nach intensiver Debatte in unserer Fraktion war klar: Auch in diesem Jahr werden wir dem Haushalt nicht zustimmen. Dieser Haushalt erfüllt unsere so-

zialen und ökologischen Ansprüche nicht.

Vor allem die Einsparvorschläge, die die Verwaltung entwickelt hatte, richteten sich gegen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Streichungen bei Lernmitteln, dem Offenen Ganztag und geplante Entgelterhöhungen in den Bereichen VHS, Stadtbücherei und Symphoniker sind unserer Meinung nach die vollkommen falschen politischen Weichenstellungen. Gleiches gilt für das Festhalten am Ausbau der Westtangente. Und natürlich ist es auch der Bau des Konzerthauses, der den Haushalt ab dem kommenden Jahr erheblich belasten wird.

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Koalition unseren Anträgen, Kürzungen im Bildungsbereich abzulehnen, folgen konnte. Warum sie dies aber nur für den jetzigen Haushalt beschließen wollte und nicht für die kommenden Jahre, ist für uns nicht nachvollziehbar. Auch die Einführung eines Sozialtickets auf der Ebene der BOGESTRA wäre in Anbetracht der Haushaltslage realisierbar. Aber wie bereits zu Anfang ausgeführt: Dieser Haushalt hat eine soziale und ökologische Schiefelage. Es wäre genug Verteilmasse vorhanden, um eine sozial gerechtere Politik zu realisieren. Weil dies von der Mehrheit im Rat wohl so nicht gewollt wurde, hat DIE LINKE diesem Haushalt nicht zugestimmt.

Ernst Lange

Das Konjunkturpaket II setzt Bochum in die Lage, einige der notwendigen Investitionen vor allem im Bereich Bildung und Infrastruktur vorzunehmen.

Angesichts verfallender Schulen und einer Situation, wo in vielen öffentlichen Gebäuden aus dem Fenster hinaus geheizt wird, ist das auch dringend notwendig. Allerdings: Knapp 44 Millionen Euro für Bochum, verteilt auf 2 Jahre, sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Stadt selbst beziffert ihren Investitionsrückstand auf mehr als 350 Millionen Euro.

Klotzen statt Kleckern

In den anderen Kommunen sieht es nicht besser aus. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag gefordert, Investitionen für Bildung und Infrastruktur deutlich auf jeweils 25 Milliarden Euro jährlich auszuweiten. Das würde Arbeitsplätze sichern und die Städte in die Lage versetzen, ihre Infrastruktur flächendeckend zu erneuern. SPD und CDU haben das abgelehnt.

Am mangelnden Geld kann es nicht liegen. Allein die Münchner Hypo Real Estate Bank hat bisher mehr als 100



Milliarden Euro an staatlichen Kapitalhilfen und Garantien erhalten. Und DIE LINKE sagt, woher sie das Geld nehmen möchte, nämlich von den Vermögenden und Konzernen durch eine Reform der Unternehmenssteuer, Einführung der Vermögenssteuer und einer Millionärsabgabe. Dazu fehlt bei SPD und CDU der politische Wille.

Uwe Vorberg

Nachgefragt

Schul sponsoring

Problematisch sehen wir die zunehmende Verquickung von Wirtschaftsinteressen mit der Schulausbildung. Die öffentlichen Schulen sind vielfach sehr schlecht ausgestattet und greifen dann aus Mangel an finanziellen Alternativen bei Sponsoringangeboten zu. Damit ist aus unserer Sicht jedoch die Unabhängigkeit der Schulen gefährdet. Für Sponsoring ist jedes Mal die Entscheidung der Schulleitung mit Zustimmung der Schulkonferenz und des Schulträgers nötig. Wir möchten gerne mit unserer Anfrage einen Überblick über das Ausmaß des Schul-sponsorings in Bochum erhalten.

Widersprüche und

Klagen bei der ARGE Bochum

Im letzten Jahr haben die Klagen wegen Hartz IV vor den Sozialgerichten einen neuen Höchststand erreicht. Das Bundessozialgericht (BSG) nennt 175.000 Verfahren, das sind 38.000 Fälle mehr als in 2007 und in Prozenten ausgedrückt: eine Zunahme von 28 %. Das BSG macht dafür u.a. handwerkliche Fehler der Gesetzgebung verantwortlich und fordert dringend Nachbesserungen vom Gesetzgeber. Auf einen weiteren Aspekt weist gleichwohl die Vizepräsidentin des BSGs, Ruth Wetzelschneider hin: Nach ihren Informationen werden höchstrichterliche Entscheidungen von den ARGEN ignoriert. Anlass genug für uns, eine Anfrage zum Stand der Klagen und Widersprüche bei der Bochumer ARGE und nach den Konsequenzen aus Gerichtsurteilen zu stellen.

Wir sind für Sie da

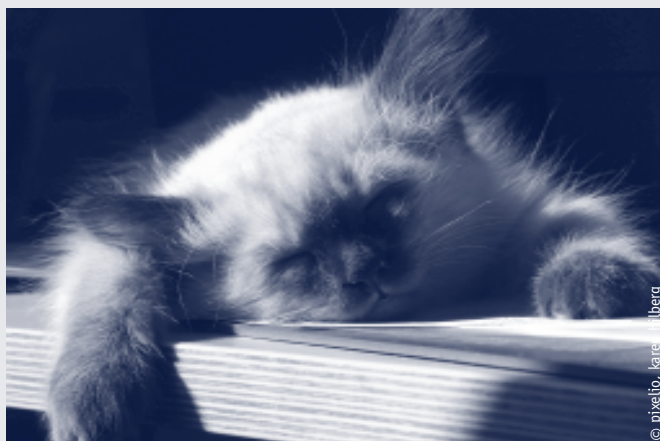
Immer montags bietet unsere BürgerInnensprechstunde von 16.30 – 18 Uhr die Möglichkeit, mit uns über Probleme und mögliche Lösungen ins Gespräch zu kommen. Dazu stehen reihum die Rats- und Ausschussmitglieder für Fragen, Anregungen und Diskussionen in unserer Geschäftsstelle, Willy-Brandt-Platz 1 – 3, persönlich und telefonisch unter 910-1295 zur Verfügung.

FDP setzt auf Wahlmüdigkeit

Der FDP-Innenminister Wolf hat mit seinem Vorhaben der Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl zum dritten Mal innerhalb eines Jahres vor dem NRW-Verfassungsgericht verloren.

Das hält die NRW-FDP aber nicht davon ab, mit dem Wahltermin weiter zu tricksen. Anstatt die Kommunalwahl nun mit der Bundestagswahl am 27. September zusammenzulegen, was laut Verfassungsgericht zulässig ist, gibt es für NRW

einen dritten Wahltermin in diesem Jahr, und zwar den 30. August. Das ist kurz nach den Sommerferien und mitten in der Urlaubszeit. Jens Lücking, Bochumer FDP-Vorsitzender, bringt die Vorteile für die FDP klar zum Ausdruck: „Bei drei



Wahlen in einem Jahr werden die Bürger müde sein. Hierdurch sind die kleineren Parteien in der Vergangenheit immer begünstigt worden.“ (Quelle RN Bochum 19.2.2009) Ein mehr als bedenkliches Demokratieverständnis.

Die weiteren Nachteile interessieren Herrn Lücking und die CDU-FDP-Koalition in NRW offenbar nicht: Allein die Stadt Bochum hat zusätzliche Kosten von ca. 300.000 Euro zu tragen und muss 2.800 WahlhelferInnen zusätzlich mobilisieren. DIE LINKE will weder die Mehrkosten noch auf Kosten einer geringen Wahlbeteiligung mehr Sitze im Rat holen. Wir wollen mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung, also wollen wir auch eine hohe Wahlbeteiligung. Geben wir der FDP am 30. August die Quittung auf dem Wahlzettel. *Bianca Schmolze*

Das Ende der Kulturhauptstadt...

...wird Sylvester 2010 begangen. Bis dahin setzt die Stadt Bochum vor allem auf zweierlei: Eventkultur und viel Beton.

Bei einigen Events wie Frühstück auf der A 40, Loveparade in Duisburg oder Ruhrgames 2010 können sich zumindest die Massen amüsieren, andere wie das Projekt ‚Ballone über alten Zechenanlagen‘ können in ihrer ganzen Schönheit leider nur aus dem Weltall besichtigt werden – aber vielleicht überträgt ja der WDR.

Die Abteilung Beton hatte ihre Sternstunde, als die Kritik an zu vielen Events und die Forderung nach Nachhaltigkeit immer lauter wurde – Beton vergeht schließlich nicht. Also wurden von der Verwaltung ohnehin geplante große Bauprojekte wie das Konzerthaus, der Neubau im Schlosspark Weitmar,



der Umbau der Marienkirche und der Platz des europäischen Versprechens schnell zu Projekten der Kulturhauptstadt erklärt.

Offensichtlich überzeugte das die künstlerischen DirektorInnen der ruhr.2010 auch noch nicht, und es wurde ein höheres Maß an sozialer Nachhaltigkeit eingefordert. Leider war das Geld für Projekte für die Kulturhauptstadt 2010 aber bereits ausgegeben. Da überlegte die Rats-

mehrheit in Bochum, dann doch zumindest das Ende der Kulturhauptstadt sozial nachhaltig zu begehen. Und so wurde in den Haushaltsverhandlungen beschlossen, dass ab 2011 die Entgelte für die Volkshochschule, die Stadtbücherei, die Musikschule, aber auch für das Planetarium, die Symphoniker und andere Kulturveranstaltungen erhöht werden sollen. Damit alle Bochumer Bürgerinnen und Bürger ab dem 1.1.2011 nachhaltig merken, dass das Ende der Kulturhauptstadt gekommen ist und man sich Kultur auch etwas kosten lassen muss.

Ob das der Rat der „Europäischen Union“ geahnt hat, als er Essen und dem Ruhrgebiet den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ verlieh? *Uwe Vorberg*

Sozialbericht auf Eis gelegt

Nur durch den Anruf eines besorgten Bürgers hat die Linksfraktion davon erfahren, dass die Stabsstelle Sozialplanung vorerst aufgelöst wird. Acht Jahre hatte die Stabsstelle sehr erfolgreich gearbeitet. In dieser Zeit wurden der erste Gesundheitsbericht, der erste Sozialbericht und der Sozialatlas für Bochum erstellt. Insbesondere der Sozialbericht hat überregionale Beachtung gefunden und wurde bisher von allen politischen Parteien im Bochumer Rat sehr gelobt.

Nun wird die Stabsstelle ohne Einbeziehung der Politik aufgelöst. Das ist zwar formal korrekt, hat aber für uns mehr als ein Geschmäcke. Noch im Herbst hatte die CDU im Sozialausschuss eine Personalumschichtung beantragt, die einer Auflösung gleich käme. Das wurde im Herbst noch von SPD und Grünen im Sozialausschuss abgelehnt. Doch genau das ist jetzt passiert. Für DIE LINKE nicht nachvollziehbar, zumal die neue Sozialdezernentin, Frau Anger, bald ihr Amt antritt.

Deshalb haben wir im Sozialausschuss beantragt, die Umstrukturierung bis zum Amtsan-

tritt der neuen Dezernentin auszusetzen und die politischen Gremien einzubeziehen. SPD, Grüne, CDU und FDP wollten lieber den Mantel des Schweigens über die Angelegenheit legen und erklärten sich bzw.



tritt der neuen Dezernentin auszusetzen und die politischen Gremien einzubeziehen. SPD, Grüne, CDU und FDP wollten lieber den Mantel des Schweigens über die Angelegenheit legen und erklärten sich bzw.

Auf unsere mündliche Anfrage im Personalausschuss erhielten wir von der Verwaltung nur ausweichende Antworten. Die neue Dezernentin könne die Stabsstelle ja wieder einrichten, das werde jedoch sicher-

lich nicht eine ihrer ersten Handlungen sein, das könne schon bis Ende des Jahres dauern. Bis dahin passiert also wohl erstmal nix.

Es mag sein, dass Umstrukturierungsprozesse sinnvoll sind. Inwieweit aber eine Fortführung der bewährten Arbeit sichergestellt werden kann, wenn das Personal abgezogen und versetzt wird, bleibt für die Linksfraktion eines der größten Fragezeichen. Wir fürchten, dass der Sozialbericht zu kritisch war, denn eines der Ergebnisse lautete: Hartz IV hat das Armutsproblem verschärft. Der Bericht hat sich intensiv mit den unterschiedlichen Bildungschancen, der Wohnraumsituation oder auch dem Thema Arm trotz Arbeit gewidmet. Wir erwarten von Frau Anger, dass sie dafür Sorge trägt, dass es wieder einen so fundierten und auch kritischen Sozialbericht in Bochum geben wird. *Ernst Lange*

Frauen Macht Politik!

Vor gut 90 Jahren bei den Reichstagswahlen am 19. Januar 1919 konnten Frauen in Deutschland zum ersten Mal wählen. Und dieses Wahlrecht haben sich die Frauen in Deutschland hart erkämpft.

Seitdem ist viel in Sachen Gleichberechtigung geschehen, doch lange nicht genug. Frauen können heute zwar wählen gehen, sind dennoch wesentlich weniger als Männer in den Parlamenten und in Entscheidungspositionen vertreten.

Im Superwahljahr 2009 besteht die Chance, dieses Missverhältnis zu korrigieren. Bochum macht auf den ersten Blick mit einer Oberbürgermei-

sterin und 3 ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen einen recht emanzipierten Eindruck, doch auf dem zweiten Blick sieht es schon anders aus. An der Spitze aller Fraktionen und Gruppen im Rat stehen Männer. Der Anteil der Frauen im Rat beträgt



29%, das liegt unter dem Durchschnitt vergleichbarer Städte, in den Bezirksvertretungen sind es nur noch 24,6 %. Dementsprechend sind die Debatten

männerdominiert, was Frauen davor abschrecken kann, sich für ein Kommunalmandat zur Wahl zu stellen.

Bei der LINKEN ist das zum Glück nicht der Fall gewesen. An der Spitze der Liste für den neu zu wählenden Rat steht Anna-Lena Orłowski und auch die weitere Liste ist quotiert. Von den 20 KandidatInnen sind jeweils 10 Frauen und 10 Männer.

Es darf jedoch meines Erachtens nicht nur darum gehen, dass zahlenmäßig mehr Frauen in die Stadträte einziehen, sondern auch darum, einen anderen Politikstil zu etablieren. Gleichberechtigung muss nicht heißen, es gleich schlecht –

wie die Männer – zu machen. Das heißt nicht, dass Frauen per se die besseren Menschen sind, auch sie können machtbesseren, selbstverliebt und unsachlich sein. Allerdings sind sie in der Sozialkompetenz insgesamt den Männern voraus. Ihre Motivation für kommunales Engagement liegt vor allem darin, konkrete Verbesserungen für die Menschen vor Ort zu erreichen. Verfahrensdebatten oder ständige Wiederholungen sind ihr Ding im Allgemeinen nicht.

Von daher wünsche ich mir, dass sich der Anteil der Frauen im Bochumer Rat 2009 deutlich erhöht. *Hella Eberhardt*

Gut aufgestellt in die Kommunalwahlen

Auf ihrer Wahlversammlung am 14. Februar hat DIE LINKE in Bochum ihre Kandidatinnen und Kandidaten für den Stadtrat, die Bezirksvertretungen und die Direktwahlkreise gewählt.

In allen Wahlkreisen tritt DIE LINKE bei den kommenden Kommunalwahlen an und ist damit flächendeckend wählbar. Dem Ziel, die Ratsmandate zu verdoppeln und drittstärkste Partei zu werden, ist DIE LINKE nun noch näher.

Anna-Lena Orlowski, Mitglied des Schulausschusses und Spre-

cherin des Kreisverbands Bochum, wurde auf Platz 1 und unser jetziger Fraktionsvorsitzender Ernst Lange auf Platz 2 als SpitzenkandidatInnen gewählt. Ernst Lange ist vielen neben seiner Ratsarbeit auch durch seine hauptberufliche Tätigkeit für die Obdachloseninitiative bodo bekannt.

Auf den weiteren aussichtsreichen Listenplätzen 3 bis 8 wurde ein Team von bereits im Rat aktiven und neuen KandidatInnen gewählt. Auf Platz 3 wurde die 24-jährige in der Türkei geborene Aygül Nokta



gewählt, Platz 4 und 5 gingen an die Ratsmitglieder Uwe Vorberg, Mitarbeiter beim Kulturzentrum Bahnhof Langendreer, und Bianca Schmolze, Mitarbeiterin der Medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum. Auf Platz 6 wählten die Anwesenden den Richter und Friedensaktivisten Ralf Feldmann; darauf folgen

die ehemalige ver.di-Jugendsekretärin Pamela Strutz und der Arzt Arnold Vogel auf den Plätzen 7 und 8.

Insgesamt wurden zwanzig Plätze vergeben. Damit geht DIE LINKE in Bochum mit einem starken Team in den Kommunalwahlkampf.

Hella Eberhardt

Als geradezu skandalös betrachtet DIE LINKE im Rat die Entscheidung des Landes, auf dem Gelände neben der Justizvollzugsanstalt eine Sozialtherapeutische Anstalt zu errichten und dafür gewachsene Wohnstrukturen zu zerstören.

Hier ist eben keine Brachfläche, sondern hier befindet sich der Wohn- und Lebensraum von 160 Menschen. Das Justizministerium ist wohl der Meinung, Politik nach Gutsherrenart machen zu können. Ohne im Vorfeld mit den Anwohnerinnen und Anwohnern oder mit den politischen Gremien und der Verwaltung dieser Stadt zu

So geht's nicht

sprechen, wurde die Entscheidung gefällt, die Sozialtherapeutische Anstalt neben der Krümmede zu bauen.

Dabei scheint es in Düsseldorf wohl keine Rolle zu spielen, dass Wohnraum von Men-

schen, die hier zum Teil schon seit Jahrzehnten leben, zerstört wird. Nachbarschaftsstrukturen und gewachsene soziale Beziehungen müssen aufgegeben werden.

Kinder, die hier optimale Spielmöglichkeiten vorfinden, sollen

ihre vertraute Umgebung verlassen. Dies ist ein Skandal. Ich frage mich wirklich, welches Menschenbild bei der Landesregierung vorherrscht. Da soll Herr Rüttgers doch bitte nicht mit großen Augen von Politikverdrossenheit fabulieren.



DIE LINKE im Rat hat immer den Neubau einer Sozialtherapeutischen Anstalt begrüßt. Auch eine Ansiedlung in Bochum haben wir nicht prinzipiell abgelehnt. Aber nicht an dieser Stelle auf Kosten der Anwohnerinnen und Anwohner.

Jürgen Plagge-Vandelaar

IMPRESSUM

Linksfraktion Bochum

Ernst Lange (V.i.S.d.P.)

Altes Postgebäude

Willy-Brandt-Platz 1 – 3

44777 Bochum

Tel.: 0234 – 910-1295 /-1296

Fax: 0234 – 910-1297

linksfraktion@bochum.de

www.linksfraktion-bochum.de

Fotos: pixelio (S. 1, 2, 3)

Linksfraktion Archiv (S. 2)

LINKE. Einblicke

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Linksfraktion Bochum erhalten.

Bitte schicken Sie mir die „Einblicke“ kostenlos an folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Bitte schicken Sie mir Ihren elektronischen Newsletter an folgende Emailadresse:

@